



# Stellungnahme des Marburger Stammtisches zum Infostand über die Demonstration “Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn!” anlässlich der Rede von Franz Müntefering auf dem Marburger Marktplatz

Bezugnehmend auf den [TOP III.1](#) der Vorstandssitzung der Piratenpartei Hessen vom 09.09.2009:

## *Aktion des Marburger Stammtisches*

*Es wird ein Statement eingefordert, wie folgendes Bild zustande kommt: [\[\[1\]\]](#); Dem Marburger Stammtisch wird eine Zusammenarbeit mit den Grünen zum OptOut Day untersagt. Sollten die Grünen sich trotzdem anschließen, sollen Kopien erstellt werden die als Flyer und ein Din A3 oder Din A2 Ausdruck für einen Ständer der darauf hinweist, das es sich um eine Piraten-Aktion handelt. Eine kommunikation in den Stammtisch Marburg, wird am 10.09.2009 erfolgen.*

### Stellungnahme:

Anlässlich der Großdemonstration “Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn!” am 12.09.2009 in Berlin zu der auch die Piratenpartei Hessen aufruft und der Kundgebung des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering auf dem Marktplatz in Marburg, hat der Piraten Stammtisch in Marburg im Rahmen des vom Bundesparteitag am 05.07.2009 beschlossenen Wahlprogramms ([Kapitel 2.6](#)) eine Aktion zur Verbreitung des [Demonstrationsaufrufs](#) und dessen Forderungen durchgeführt:

Bürgerrechtsbündnis - gemeinsam sind wir stark

Gemeinsam mit dem deutschlandweiten Bürgerrechtsbündnis 'Freiheit statt Angst' fordern wir:

#### **Überwachung abbauen**

- Abschaffung der flächendeckenden Protokollierung der Kommunikation und unserer Standorte (Vorratsdatenspeicherung)
- Abschaffung der flächendeckenden Erhebung biometrischer Daten, sowie von RFID-Ausweisdokumenten
- Schutz vor Bespitzelung am Arbeitsplatz durch ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz
- Berücksichtigung des Datenschutzes für Bürger- und Arbeitnehmer/innen bereits in der Konzeptionsphase aller öffentlicher eGovernment-Projekte
- Keine einheitliche Schülernummer (Berliner SchülerID)
- Keine Weitergabe von Informationen über Menschen ohne triftigen Grund; keine europaweite Vereinheitlichung staatlicher Informationssammlungen (Stockholmer Programm)
- Keine systematische Überwachung des Zahlungsverkehrs oder sonstige Massendatenanalyse (Stockholmer Programm)
- Kein Informationsaustausch mit den USA und anderen Staaten ohne wirksamen Grundrechtsschutz
- Abbau von Videoüberwachung und Verbot des Einsatzes von Verhaltenserkennungssystemen
- Keine pauschale Registrierung aller Flug- und Schiffsreisenden (PNR-Daten)

- Keine geheime Durchsuchung von Privatcomputern, weder online noch offline
- Keine Einführung der Elektronischen Gesundheitskarte in der derzeit geplanten Form

#### **Evaluierung der bestehenden Überwachungsbefugnisse**

Wir fordern eine unabhängige Überprüfung aller bestehenden Überwachungsbefugnisse im Hinblick auf ihre Wirksamkeit, Kosten, schädliche Nebenwirkungen und Alternativen.

#### **Moratorium für neue Überwachungsbefugnisse**

Nach der inneren Aufrüstung der letzten Jahre fordern wir einen sofortigen Stopp neuer Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, wenn sie mit weiteren Grundrechtseingriffen verbunden sind.

#### **Gewährleistung der Meinungsfreiheit und des freien Meinungs- und Informationsaustauschs über das Internet**

- keine Beschränkung des Internetzugangs durch staatliche Stellen oder Internetanbieter (Sperrlisten)
- keine Sperrungen von Internetanschlüssen.
- Verbot der Installation von Filtern in die Infrastruktur des Internet.
- Entfernung von Internet-Inhalten nur auf Anordnung unabhängiger und unparteiischer Richter.
- Einführung eines uneingeschränkten Zitierrechts für Multimedia-Inhalte, das heute unverzichtbar für die öffentliche Debatte in Demokratien ist.
- Schutz von Plattformen zur freien Meinungsäußerung im Internet (partizipatorische Websites, Foren, Kommentare in Blogs), die heute durch unzureichende Gesetze bedroht sind, welche Selbstzensur begünstigen (abschreckende Wirkung).

Zu diesem Zweck wurden nach Ankündigung und (widerspruchsloser) Absprache über die Marburger Mailingliste mehrere, das Bürgerrechtsbündnis “Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn!” stützende Organisationen in Marburg kontaktiert und diese dazu aufgerufen, die Forderungen zu verbreiten und auf die anstehende Veranstaltung hinzuweisen. Für die ursprüngliche als Demonstration gedachte Aktion anlässlich der Kundgebung des ehemaligen Regierungsmitglieds Franz Müntefering und somit Mitverantwortlichen für zunehmende Überwachung wurde bei,

- der Humanistische Union Ortsverband Marburg
- die attac Regionalgruppe Marburg
- DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
- der FDP Kreisverband Marburg-Biedenkopf
- der Kreisverband Marburg-Biedenkopf BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

angefragt. Aufgrund kurzer Vorbereitungsphase, parallel stattfindender Gruppentreffen (Humanistische Union) und anderer geplanter Aktivitäten mit unterschiedlichem Inhalt (DIE LINKE) konnten die FDP und die Grünen zur Mitarbeit lediglich an einem gemeinsamen (von den Grünen angemeldeten) Infostand über die Demo/ zum Thema Datenschutz gewonnen werden.

Nach der Verbreitung dieser Information über die Marburger Mailingliste wurde erstmals der Einwand erhoben, dass der Marburger Piraten Stammtisch nicht über die Legitimation eines solchen Vorgehens verfügt und dazu aufgefordert sich eine solche beim Landesvorstand der Piratenpartei Hessen einzuholen. Diese erfolgte nach telefonischer Absprache mit dem Mitglied des Vorstands Jürgen Erkmann. Dabei wurde die Auflage erteilt, dass der Stand nur die Demonstration bzw. Datenschutz zum Thema haben und neutral im Auftreten sein soll.

Dieser Auflage wurde im Wesentlichen entsprochen und es wurde mit Vertretern der FDP und Grünen Flyer des Demonstrationsaufrufs mitsamt deren Forderungen verteilt. Zusätzlich waren rund um den Infostand herum drei von weitem sichtbare DIN A1 Plakate des Demonstrationsaufrufs um den Stand positioniert, der in Reichweite des Kundgebungsplatzes aufgebaut wurde. Da neutrale Aufbauten aufgrund der Kürze der Zeit und mangelnder Ressourcen nicht zu bewerkstelligen waren entschied man sich für den Kompromiß, die beteiligten Organisationen jeweils einen Teil zum Stand beitragen zu lassen, was im Ergebnis zum dokumentierten Erscheinen führte.

Das Ziel, die Bürger auf die anstehende Demonstration und auf das Thema Datenschutz aufmerksam zu machen, konnte zur Zufriedenheit erreicht werden. Die Piratenpartei wurde diesbezüglich als Motor und Teil eines Bürgerrechtsbündnisses, sowohl von den Passanten als auch von den Vertreter der anderen politischen Organisationen, wahrgenomen. Im späteren Verlauf der Aktivitäten auf dem Kundgebungsort gelang es Franz Müntefering persönlich Aufklärungsmaterial zum Thema als auch über die Piratenpartei zu überreichen und ihm und den Besuchern der Versammlung den Protest insbesondere gegen die Datenschutzpolitik der großen Koalition zu verdeutlichen.

Desweiteren ist die getroffene Annahme, dass irgendeine gemeinsame Anstrengung mit den Grünen oder einer sonstigen politische Organisation für den OptOutDay auf dem Marburger Stammtisch oder der Marburger Mailingliste geplant oder diskutiert wurde/wird unzutreffend und hat ihre Ursache in Mißverständnissen in der E-Mailkommunikation durch die gleichzeitige Planung eines Infostandes zum OptOutDay. Diesbezüglich werden die formulierten Unterlassungsaufforderungen oder Bedingungen als gegenstandslos betrachtet.